

# Mehr Praxis, weniger Theorie

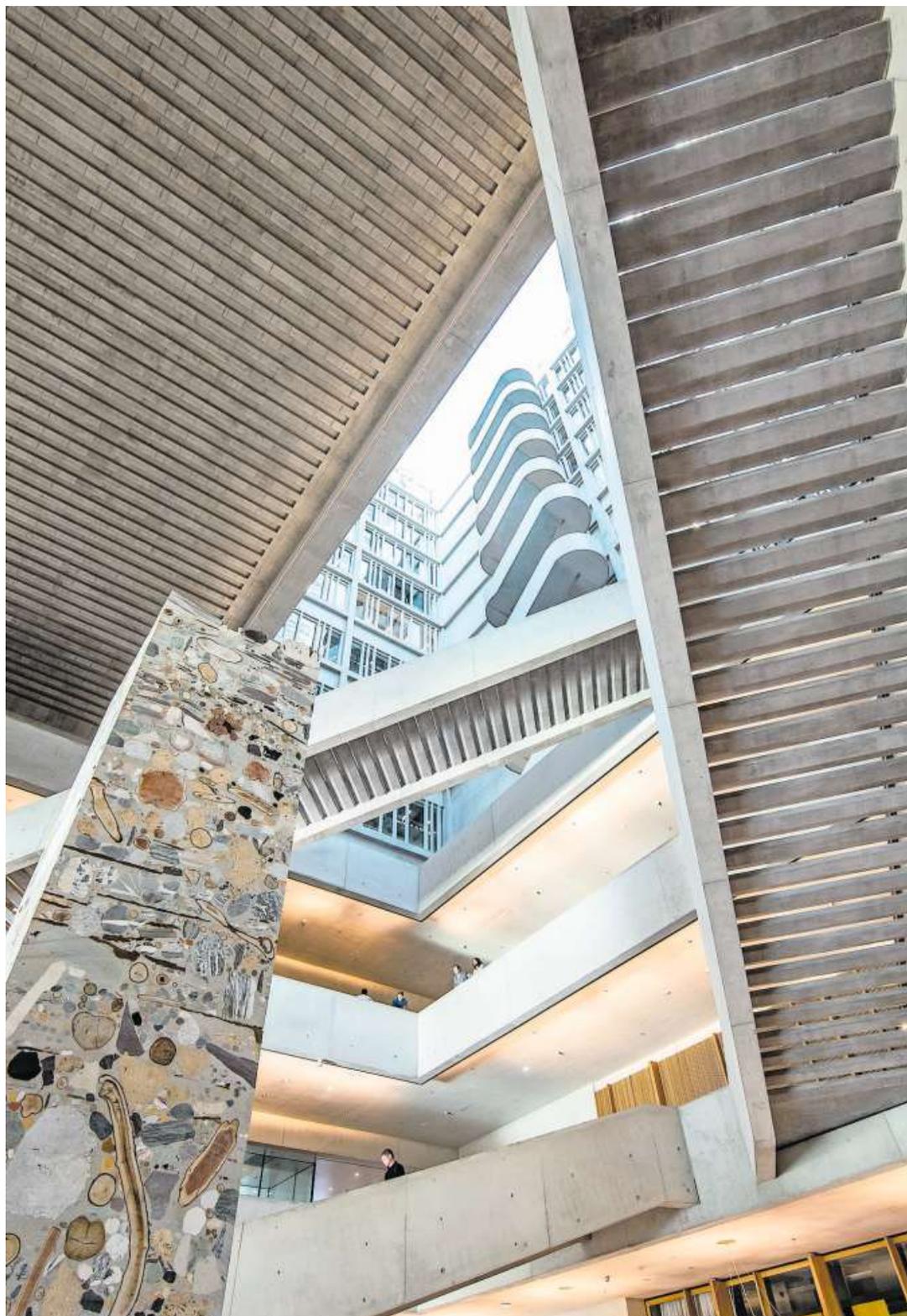
Die Baselbieter SP will mit einem Vorstosspaket die Situation an der Pädagogischen Hochschule verbessern.

Jonas Hoskyn

Ein Systemabsturz brachte zu Beginn der Sommerferien das Fass zum Überlaufen. Über hundert angehende Lehrerinnen und Lehrer machten in einem offenen Brief ihrem Ärger über die Zustände an der Pädagogischen Hochschule (PH) an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Luft. Kritisiert werden die mangelnde Kommunikation, die Qualität der Ausbildung und mangelnde Unterstützung beim Berufseinstieg. Bei einer Umfrage gaben mehr als die Hälfte der Studentinnen und Studenten an, dass sie die PH nicht weiterempfehlen würden.

In der Folge war die PH in den vergangenen Monaten mehrfach Gegenstand von politischen Vorstössen. Die neuste Ladung stammt aus den Federn der Baselbieter Sozialdemokraten. Mit insgesamt sieben Vorstössen will die SP die Situation an der Pädagogischen Hochschule verbessern.

Die deutlichste Forderung ist eine Motion von Jan Kirchmayr. Er will mehr Praxis und weniger Theorie unter den Lehrenden. Professorinnen und Professoren, Dozierende und Lehrbeauftragte der PH sollten zuvor mehrere Jahre an einer Schule unterrichtet haben. Die jetzige Formulierung der Anforderungen lasse zu viel Spielraum, findet der Sekundarlehrer. Umgekehrt stelle die Vorgabe, dass ein Hochschulabschluss notwendig ist, eine enorme Hürde für Lehrpersonen der Primarstufe und Sekundarstufe I dar. Kirchmayr ist überzeugt: «Dieser Umstand führt dazu, dass viele qualifizierte Lehrpersonen, die sicherlich das Flair für eine Lehrtätigkeit hätten, auf eine entsprechende Laufbahn verzichten.»



Im Gebälk der FHNW in Muttenz knirscht es gewaltig.

Bild: Nicole Nars-Zimmer

In die gleiche Kerbe hauen auch eine Anfrage von Fraktionspräsident und Gymnasiallehrer Roman Brunner zum Verhältnis zwischen Lehre und Forschung an der FHNW und der Vorschlag von Kindergärtnerin Miriam Locher, künftig Tandems aus PH-Dozierenden und Lehrpersonen aus Schulen einzusetzen, um eine praxisnähere Ausbildung zu ermöglichen.

## Baselbieter Politik kann nicht alleine entscheiden

Das Problem: Die Pädagogische Hochschule befindet sich zwar in Muttenz. Da die FHNW ein gemeinsames Projekt der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn und Aargau ist, kann die Baselbieter Regierung aber nichts im Alleingang entscheiden. Folglich ist auch der Einfluss des Baselbieter Parlaments nur sehr begrenzt. Die Baselbieter SP sucht deshalb das Gespräch mit Parlamentariern und Parlamentarierinnen aus anderen Kantonen, damit die Vorstösse auch dort eingereicht werden.

Neben der Motion von Kirchmayr, mit der die Regierung zum Handeln verpflichtet werden soll, haben die Genossinnen und Genossen eine Reihe an Postulaten formuliert. Wenn diese überwiesen werden sollten, müsste die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion die Forderungen prüfen und berichten.

Auch das Belegungssystem, der Stein des Anstosses, ist Teil des Vorstosspaketes der SP. Dieses soll verbessert werden, damit die Studierenden Planungssicherheit erhalten. Dafür müssten gemäss Brunner dann auch genügend Ausbildungsplätze angeboten werden. Ob dies im Rahmen des eben neu aufgelegten Leistungsauftrages möglich ist, ist eine andere Frage